

Das Bulletin



Aktion
für vernünftige
Energiepolitik
Schweiz

2/05

Resolution:

Für CO₂-freie Stromversorgung – Gegen neue Energieabgaben

An der Delegiertenversammlung vom 21. Mai 2005 verabschiedete die AVES folgende RESOLUTION:

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) beurteilt die Schliessung der künftigen Stromlücke mittels Bau von Gaskraftwerken wegen der CO₂-Emissionen als nicht optimal. Die AVES fordert hingegen die baldige Aufnahme der Planungsarbeiten für den Ersatz der ältesten Kernkraftwerke und den Ausbau der CO₂-freien Stromproduktion. Die AVES begrüsst die Einführung eines Klimarapens und bekräftigt gleichzeitig die Ablehnung der CO₂-Abgabe. Dank der Entflechtung der Stromversorgungsvorlage erwartet die AVES nun eine zügige Liberalisierung des Strommarktes; die AVES lehnt aber die gleichzeitige Verteuerung des Stromes durch zusätzliche Subventionen für erneuerbare Energien ab.

In der Volksabstimmung vom Mai 2003 hat sich eine Zweidrittels-Mehrheit gegen den Ausstieg aus der Kernenergie entschieden. Die AVES betrachtet dies als Verpflichtung, den bewährten CO₂-freien Strommix aus Wasserkraft und Kernenergie aufrechtzuerhalten. Schon vor einem Jahr hat sie deshalb die Aufnahme der Planungsarbeiten für den Ersatz der ältesten Kernkraftwerke durch moderne AKWs zwischen 2020 und 2030 gefordert. Der kürzlich vom Direktor des Bundesamtes für

Energie (BfE) vorgeschlagene Bau von Gaskraftwerken zur Deckung der bevorstehenden Stromlücke ist zwar eine diskussionswürdige Option, steht aber im Widerspruch zur offiziellen CO₂-Reduktionspolitik. Wenn vom BfE die Stromerzeugung mittels fossiler Energieträger propagiert wird, kann die CO₂-Reduktion politisch nicht mehr glaubwürdig begründet werden. Umso entschiedener fordert die AVES deshalb die eidgenössischen Räte auf, die CO₂-Abgabe vorläufig abzulehnen und zuerst einmal dem freiwilligen Klimarappen eine echte Chance zu gewähren. Eine CO₂-Abgabe erhöht nur den Landesindex der Konsumentenpreise und schadet in erster Linie der Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes Schweiz. Die AVES begrüsst die Entflechtung der Stromversorgungsvorlage durch die Energiekommission des Nationalrates (Urek) in drei separate Vorlagen: Grenzüberschreitender Stromhandel (Elektrizitätsgesetz), Strommarktliberalisierung (Stromversorgungsgesetz) und Förderung von «grünem» Strom (Energiegesetz). Über die Strommarktöffnung und die zusätzliche Subventionierung der erneuerbaren Energien könnte das Stimmvolk auf diese

(Fortsetzung Seite 2)

Grüne eines Tages an der Spitze der Bewegung für Kernenergie und Tiefenlagerung?

Für die grüne Nationalrätin Ruth Genner ist der Klimawandel das grösste Umweltproblem: «Die Landesregierung muss zusätzliche Anstrengungen unternehmen.» – Tut sie auch, zum Beispiel mit dem «Kernenergiegesetz», das die Option Kernenergie als wichtigstes Element für unsere CO₂-freie Stromversorgung offen hält und die politischen Rahmenbedingungen für die Endlagerung verbessert hat. Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, Mohammed ElBaradei, rechnet mit einem künftigen weltweiten Strombedarf, der den Bau von über hundert AKWs notwendig mache. Da klingt es mehr als zynisch, wenn Ruth Genners grüne Genossen ein Endlager für radioaktive Abfälle in unserem Land «bekämpfen, solange kein verbindliches Ausstiegs-Szenario beschlossen sei». Ungläubig reibt man sich die Augen, ja man fragt sich, ob solche Leute als politische Kraft ernst genommen werden dürfen!

Ein Blick über die Grenzen müsste diesen Verhinderern die Augen öffnen: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hält den von der jetzigen Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg für unrealistisch, ja steht hinter der Kernenergie. Der frühere SPD-Politiker Werner Müller, der dieses Ausstiegspaket einst geschnürt hatte: «Wenn wir die Vermeidung von Kohlendioxid ernst nehmen und nicht eine neuartige Energieerzeugungstechnik vom Himmel fällt, werden wir irgendwann wieder bei der Kernenergie landen – die Grünen werden dann an der Spitze der Bewegung stehen ...»

Diese Einsicht hat in der Schweiz etwas früher Fuss gefasst. Es gehört zur Verantwortung jedes politisch Tätigen, sich auch um die sichere Lagerung der bereits vorhandenen und aus verschiedenen Bereichen anfallenden Abfälle zu kümmern. Das sind wir auch kommenden Generationen schuldig!

Seriöse Arbeit für die sichere Endlagerung im eigenen Lande ist von der NAGRA in 30 Jahren Forschung und Entwicklung umfassend und verantwortungsvoll geleistet worden. Die Qualität ihres Sicherheitsnachweises hat vom Expertenteam der OECD/NEA hohe Anerkennung erhalten.

Technik ist das eine, die politische Herausforderung das andere. Darum sind alle Kräfte in unserem Lande, vom Bundesrat bis zu den Stimmbürgern, aufgerufen, politisch motivierten Verzögerungsmanövern entgegenzuwirken und sich der Realität zu stellen. Die AVES engagiert sich in diesem Sinne und unterstützt auch die Informationsbemühungen von NAGRA, BFE und Forum VERA, die in diesem Bulletin ausgeschrieben sind. Bruno Fäh

Weise getrennt abstimmen. Die AVES selbst begrüsst eine schnelle Marktöffnung in einem Schritt kombiniert mit dem Wahlmodell mit abgesicherter Stromversorgung (WAS). Die Haushalte können so bei ihrem angestammten Elektrizitätswerk bleiben oder ihren Strom auf dem freien Markt ein-

kaufen. Die AVES lehnt jedoch die Stromverteuerung mittels der vorgeschlagenen Durchleitungsabgabe auf dem Hochspannungsnetz (0,2 bis 0,3 Rappen pro kWh) aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Auch das Volk hat in den letzten Jahren sämtliche Energieabgaben an der Urne abgelehnt.

Informationstour 2005 der Nagra:

«Wir kümmern uns darum. Nagra. Wer sonst?»

Die Nagra besucht 2005 mit ihrer Informationstour acht grösere Ortschaften der Deutschschweiz. Am 15. Juni eröffnet sie die diesjährige Tour in Bern. Am 30. Juni endet sie in Olten. Die Ausstellung der Nagra zeigt der Öffentlichkeit, dass für die geologischen Tiefenlagerung radioaktiver Abfälle die wesentlichen technischen Grundlagen vorhanden sind.

«Die Schweiz hat radioaktiven Abfall. Wir kümmern uns darum. Nagra. Wer sonst?» heisst der Slogan der Ausstellung. Die Nagra hat seit ihrem Ausstellungs-Start im Jahr 2002 in 18 Städten der Schweiz mit rund 30000 Menschen gesprochen. Die Ausstellung gibt einfach verständliche Informationen zur Entsorgung unserer radioaktiven Abfälle und zeigt Grundlagen für eine eigene Meinungsbildung zu diesem komplexen Themenkreis. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Nagra geben vor Ort Auskunft zu Fragen rund um die Entsorgung. Kurzfilme (so genannte Flash-Animationen) von je rund einer Minute Dauer und verständlich verfasste Broschüren bieten vertiefte Informationen zur Entsorgung. Hinter der

Entsorgungsaufgabe stehen Menschen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Nagra vertreten praktische und machbare Lösungen und nehmen Verantwortung wahr. Wir kümmern uns darum. Nagra. Wer sonst?

Nagra-Ausstellung Sommer 2005

Bern

Mittwoch, 15. Juni: 10.00–18.30

Donnerstag, 16. Juni: 10.00–21.00

Schaffhausen

Montag, 20. Juni: 10.00–18.30

Dienstag, 21. Juni: 10.00–18.30

Winterthur

Mittwoch, 22. Juni: 10.00–18.30

Donnerstag, 23. Juni: 10.00–20.00

(Abendverkauf)

Zürich

Montag, 27. Juni: 10.00–19.00

Dienstag, 28. Juni: 10.00–19.00

Aarau

Dienstag, 28. Juni: 10.00–18.30

Mittwoch, 29. Juni: 10.00–18.30

Solothurn

Mittwoch, 29. Juni: 10.00–18.30

Baden

Donnerstag, 30. Juni: 10.00–20.00

(Abendverkauf)

Olten

Donnerstag, 30. Juni: 10.00–21.00

(Abendverkauf)

Irland verzichtet auf eine CO₂-Abgabe

Die irische Regierung hat am 10. September 2004 angekündigt, sie werde darauf verzichten, ab 2005 eine Sondersteuer für fossile Brennstoffe, also eine CO₂-Abgabe, zu erheben. Die Entscheidung wurde nicht nur mit gestiegenen Marktpreisen für fossile Brennstoffe, die die irischen Konsumenten bereits zu sparsamerem Verhalten ermutigen, sondern auch mit der ungenügenden Wirkung

einer solchen Abgabe begründet. Finanzminister McCreevy, der vor zwei Jahren eine Evaluation der Einführung einer CO₂-Abgabe angekündigt hatte, erwartet von diesem Schritt heute bestenfalls eine Verringerung um eine halbe Megatonne CO₂ pro Jahr. Da Irland aber bis 2012 eine Reduktion um neun Megatonnen realisieren muss, hält McCreevy die Einführung einer CO₂-Abgabe nicht der Mühe wert.

Auch die AVES trauert um Christian Speck

Bestürzt und traurig musste auch die AVES vom plötzlichen Tod ihres Mitgliedes Christian Speck erfahren. Mit ihm verliert die Strombranche einen kompetenten, beherzten Kämpfer für eine vernünftige, realistische Energiepolitik. Das Parlament und damit das ganze Land verliert mit ihm einen hervorragenden, konzilianteren Politiker, der Sachver-



stand und Herzlichkeit so gut zu verbinden vermochte.

AVES Pfannenstil:

Röntgenstrahlen und Radioaktivität

Der Autor Dr. Arthur Ruh nennt es «eine kurze Geschichte der Entdeckung und der Anwendungen der Röntgenstrahlen und der Radioaktivität». Eine spannende Lektüre um Zusammenhänge und Entwicklung. Viele mögen sich an das Schuhdurchleuchtungsgerät erinnern, das noch in den fünfziger Jahren in jedem guten Schuhgeschäft stand. «Die Begriffe «radioaktiv» und «Radioaktivität» bewirken heute bei vielen Menschen Reaktionen, die von Unbehagen bis zu grosser Angst reichen. Das war keineswegs immer so. Genauso übertrieben, wie viele der heutigen Angstreaktionen sind, waren von Anfang bis gegen Mitte des 20. Jahrhunderts die

Erwartungen, die in die Heilkräfte radioaktiver Substanzen gesetzt wurden.» Demokratiefähig bleibt die Kernenergie u.a. durch besseres Verstehen der Zusammenhänge. Das vorliegende Bulletin Nr. 51 der AVES Pfannenstil ist dazu eine wertvolle Hilfe. Details unter www.aves-zh.ch, weiter zu > Aktuelle Infos oder zu > Archiv.



Informationstagung des Nuklearforums Schweiz:

Kernenergie - Entsorgung und Nachhaltigkeit

Die Schweiz produziert ihren Strom zu fast 60% aus Wasserkraft und zu 40% aus Kernenergie und damit sehr umweltfreundlich: Wasser- und Kernkraftwerke sind heute die einzigen Energiesysteme, die im Grossmassstab CO₂-freie Elektrizität erzeugen und punkto Wirtschaftlichkeit mit fossilbefeuerten Kraftwerken Schritt halten können. Reicht das aus, um die Kernenergie als nachhaltig zu bezeichnen? Und wie steht überhaupt unsere Gesellschaft zur Kernenergie? Diese Thematik liegt der ersten Informationstagung des Nuklearforums Schweiz zugrunde. Neben Fragen der Nachhaltigkeit widmet die Tagung ihren zweiten Schwerpunkt dem Stand der Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz. Vertreter des

Bundes, der nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) sowie auch der Betreiber der Schweizer Kernkraftwerke erläutern die nächsten Meilensteine der nuklearen Entsorgung in der Schweiz. Insbesondere angesprochen werden der Sachplan geologische Tiefenlager, der Entsorgungsnachweis und dessen Beurteilung durch die OECD/NEA sowie Forschung und Entwicklung.

Freitag, 17. Juni 2005 im Kursaal Bern. Informationen und Anmeldung:
Nuklearforum Schweiz
(Informationstagung 05),
Postfach 5032, 3001 Bern,
Fax 031 320 68 31,
info@nuklearforum.ch,
www.nuklearforum.ch

Akzeptanz durch Partizipation

In Wissenschaft und Politik ist heute unbestritten, dass der Einbezug und die Mitwirkung der von Planungen betroffenen Bevölkerung unumgänglich sind. Die Akzeptanz muss durch einen fairen, offenen und transparenten Prozess gefördert werden. Nur so haben solche Vorhaben eine Chance auf spätere Realisierung. Durch direkt-demokratische und verfahrensrechtliche Instrumente ist die Mitwirkung der Stimmberechtigten in der Schweiz zwar festgelegt, doch sie ist in vielen Fällen nicht ausreichend und unausgewogen.

Für das Bundesamt für Energie (BFE) und das Forum VERA ist

darum besonders von Interesse, welche partizipativen Elemente bei Standortauswahlverfahren und der Realisierung von geologischen Tiefenlagern angewendet werden könnten. Fachleute, Interessengruppen, Politiker, Behörden und Gesuchstellende sind eingeladen, diesen Fragen an der Veranstaltung «Akzeptanz durch Partizipation» nachzugehen.

Mittwoch, 29. Juni 2005, 9 bis zirka 14 Uhr, im Burgerratsaal Kultur-Casino, Bern.

Auskünfte und Anmeldung:
BFE Therese Rochat, 3003 Bern,
Fax 031 323 25 10,
therese.rochat@bfe.admin.ch

Neues Kernkraftwerk in Japan

Am 24. Januar 2005 hat das japanische Kernkraftwerk Higashidori-1 den nuklearen Probetrieb aufgenommen. Higashidori liegt in der Provinz Aomori am Nordende der japanischen Hauptinsel Honshu. Am gleichen Standort soll im nächsten Jahrzehnt ein zweites Kernkraftwerk gebaut werden.

Südkorea nimmt neues KKW in Betrieb und baut zwei weitere

Am 8. Dezember 2004 gab das südkoreanische Kernkraftwerk Ulchin-6 erstmals Strom ans Netz ab. Es handelt sich dabei um das zwanzigste Kernkraftwerk des Landes, welches wie die Schweiz rund 40 Prozent des Stroms aus Uran erzeugt. Die kommerzielle Inbetriebnahme von Ulchin-6 soll Mitte dieses Jahres stattfinden. Für zwei weitere Kernkraftwerke, Shin-Kori-1 und Shin-Kori-2, erteilte die Regierung am 12. Januar 2005 die langersehnte Baubewilligung. Dies generiert allein in diesem Jahr Aufträge für die lokale Wirtschaft im Umfang einer halben Milliarde Dollar. Die gesamten Baukosten für beide Kernkraftwerke betragen rund 5 Milliarden Dollar.



AVES-Vizepräsident Konrad Studerus schickt sich beim Rundgang nach der AVES-DV an, einen veritablen Stromausfall zu produzieren, von Dieter Widmer, PR-Chef der BKW, assistiert ...

Die CO₂-Abgabe ist ein Holzweg

Mit der Teil-Einführung der CO₂-Abgabe (nur auf Brennstoffen) kommt der Bundesrat zwar den grundsätzlichen Bedenken aus Wirtschaft und Wissenschaft gegen die CO₂-Abgabe entgegen. Die AVES ist trotzdem nicht glücklich mit diesem Kompromiss, weil die CO₂-Abgabe eine teure und ineffiziente Lösung ist. Die AVES ruft deshalb das Parlament auf, diese CO₂-Abgabe vorläufig nicht zu genehmigen. Die Wirkung der vorgeschlagenen Lenkungsabgabe ist marginal, der Schaden für unser Land jedoch nicht unerheblich. Für die AVES bietet allein der Klimarappen eine sinnvolle Lösung, weshalb die Mineralölbranche aufgefordert wird, diesen Weg unverzüglich zu beschreiten. Die AVES beurteilt das CO₂-Gesetz im Übrigen als veraltet.

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) steht grundsätzlich hinter der Zielrichtung des CO₂-Gesetzes, das die Treibhausgas-Emissionen reduzieren will. Die Einführung einer CO₂-Abgabe wird jedoch als teures und wenig wirksames Mittel abgelehnt. Als Sofortmassnahme unterstützt die AVES hingegen die Einführung eines «Klimarappens», um insbesondere mittels Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland wirksame Massnahmen auf globaler Ebene zu fördern. Hinsichtlich solcher flexibler Mechanismen ist das CO₂-Gesetz leider veraltet, weil es die Möglichkeiten des Kyoto-Protokolls und der neues-

ten Entwicklungen nur ungenügend berücksichtigt. Zudem ist das CO₂-Gesetz einseitig auf die CO₂-Emissionen fokussiert und klammert beispielsweise die bedenklichen Methan-Emissionen der Landwirtschaft völlig aus.

Die Ablehnung der CO₂-Abgabe hat die AVES schon lange kundgetan. Die schädlichen Nebenwirkungen der CO₂-Abgabe wurden von der Bundesverwaltung leider nie richtig untersucht. Zwar ist die Mehrbelastung der Güter produzierenden Branchen durch die vom Bundesrat gewählte Lösung relativ bescheiden. Trotzdem hat die Belastung des Werk- und Wirtschaftsplatzes Schweiz durch stetig steigende Gebühren und Abgaben aller Art eine kritische Dimension erreicht. Die Lenkungsabgaben «lenken» immer mehr Firmen aus dem Produktionssektor ins Ausland, das «bessere» Rahmenbedingungen und leider laschere Umweltauflagen bietet.

Einige weitere Gründe für die ablehnende Haltung der AVES sind die folgenden: Die CO₂-Abgabe ist nicht staatsquotenneutral, sondern führt zu mehr Steuereinnahmen (Mehrwertsteuer). Die CO₂-Abgabe erhöht den Landesindex der Konsumentenpreise, was wiederum negative Effekte auf der Kostenseite nach sich zieht. Die Rückverteilung der CO₂-Gelder führt zu einer Art «Krankenkassensteuer» und zu unerwünschten Quersubventionierungen.



... und kritisch beobachtet von einigen AVES-Kollegen (in der Bildmitte Dr. Patrick Miazza, Leiter KKW Mühleberg). Der Knopfdruck hatte keine Folgen, das Ganze geschah im Simulator des KKM...!

PRÄSIDENT

lic. iur. Rolf Schweiger, Ständerat, Baar ZG

VIZEPRÄSIDENT

lic. iur. Konrad Studerus, Edlibach ZG

VORSTAND

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat,
GipfOberfrick AG
Rudolf Imhof, alt Nationalrat, Laufen BL
Eric Weber, Ing. ETS, Yverdon VD
Jörg H. Krammer, dipl. Ing. TUG,
Winterthur ZH
Walter F. Böhlen, Grossrat,
Niederrohrdorf AG
Konrad Niederberger, Stans NW
Alfred Marthaler, Kirchlindach BE
Jean-Pierre Bommer, Geschäftsführer FRE,
Lausanne VD

REDAKTION

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz
Postfach 2124, 8027 Zürich
Telefon 01 212 40 90, Fax 01 212 65 69

INTERNET

www.aves.ch

MAIL

info@aves.ch

DRUCK

Victor Hotz AG, Steinhausen
Erscheint vierteljährlich

AZB
8027 Zürich

aves persönlich

Ohne redaktionelle Verantwortung

Klimaschutz und CO₂-Abgabe

In ihrem Artikel [in der NZZ] zugunsten einer CO₂-Abgabe schreiben Prof. E. Jochem und Massimo Filippini (ETH Zürich), ein reduzierter Brennstoffverkauf an Ausländer wäre als Beitrag «viel relevanter für die Schweizer Bevölkerung» und führte «zu geringeren lokalen Emissionen von Feinstaub, NO_x und SO₂. Vor allem in den grenznahen Gebieten, wo der Tanktourismus für einen Teil der lokal anfallenden Emissionen verantwortlich ist (...).» Signifikant war einzig der Ausländeranteil beim Treibstoffverkauf im Südtessin. Seit den italienischen Gegenmassnahmen kämpfen dort die Tankstellen um ihre Existenz, und manche hat gar geschlossen. Ebenso wenig haben die Autoren der ETH mitbekommen, dass die Treibstoffe schwefelfrei sind und das Heizöl nur noch Spuren enthält. Der NO_x-Ausstoss des Verkehrs ist dank moderner Motorentechnik drastisch zurückgegangen. Die genannten Emissionen gehören auch nicht zu den Treibhausgasen. Wenn schon, hätte gemäss Kyoto-Protokoll das Methan ins Gesetz aufgenommen gehört, aber das wollten das Buwal bzw. Bundesrätin Dreifuss nicht und bekämpften meinen entsprechendem Antrag im Nationalrat vehement (wohl aus Angst vor der Landwirtschaft). Fazit: Warum machen wir eigentlich noch ein CO₂-Gesetz mit Abgaben?

Georg Stucky, alt Nationalrat FDP, Baar

Erneuerbare Energien nicht wahllos fördern

Im Beitrag «Die Zeit der Zuschauerrolle ist vorbei» [in der NZZ] macht Michael Kaufmann, Vizedirektor des Bundesamtes für Energie, eine Auslegeordnung über die Förderung von erneuerbaren Energien. In vielem ist ihm zuzustimmen, allerdings fehlen am Schluss die klaren Konsequenzen bezüglich der breiten Anwendung. Wir dürfen nicht ob der Faszination der Geothermie oder der Photovoltaik jene Möglichkeiten vergessen, welche mit einem bescheidenen Anstoss zwar nicht alle unsere Energieprobleme lösen, aber doch einen gewissen Beitrag liefern können. Dabei stehen für die Wärmeproduktion die Holzenergie und die Umgebungswärme (via Wärmepumpen) im Vordergrund. Bei der Stromproduktion sind die Restpotenziale der Wasserkraft und der Kehrrechtverbrennungsanlagen auszuschöpfen. Windenergie und Photovoltaik werden in unserem Land über Jahrzehnte hinaus keine ernsthaftige Rolle übernehmen können. Bezüglich der Fördermethoden kann man z. B. von Deutschland lernen, dass eine auf staatlich festgelegten Entschädigungen basierte Förderung zu ineffizienten, stark schwankenden Investitionen führt. Es müssen Methoden gefunden werden, welche mit einer beschränkten Geldmenge die effizientesten Projekte auswählen.

Eric Weber, Yverdon-les-Bains

Ökologie – nicht das einzige Kriterium

«Neue erneuerbare Energien» heisst das Zauberwort, das offenbar in den Köpfen der Energieplaner herumgeistert und das mit einem Schlag alle Energieprobleme unseres Landes lösen soll. Diesen Eindruck jedenfalls gewinnt man, wenn man den Artikel von Michael Kaufmann vom BFE liest. Er spricht unter anderem von den grossen – theoretischen – ökologischen Potenzialen, über die die erneuerbaren Energien verfügen. Kann die Ökologie das einzige und massgebliche Kriterium für die Wahl der Energiequelle sein? Natürlich nicht. Für eine nachhaltige Entwicklung ist die Ökologie lediglich ein Element unter anderen. Wirtschaftliche Überlegungen sind genauso entscheidend, gerade wenn Steuergelder zur Förderung eingesetzt werden sollen. Haben etwa unsere Vorfahren die Wasserkraftwerke an den Schweizer Flüssen und in den Schweizer Bergen auch mit Fördergeldern gebaut? Fördergelder führen im Übrigen dazu, dass einige Unternehmen gehätschelt werden und sich über die Marktfähigkeit ihrer Technologien keine Gedanken mehr zu machen brauchen. Unternehmen brauchen den wirtschaftlichen Druck und keine Fördergelder, um ihre Angebote rasch zur Marktreife zu führen.

Jörg Siegrist, Zürich

- AG** AVES Aargau
Walter Forrer
Winkelweg 2, 5727 Oberkulm
walter.forrer@bluewin.ch
- BE** AVES Bern
Beat Schauwecker
Postfach, 3013 Bern
bern@aves.ch
- BS/** AVES Region Basel
BL Walter Jermann, Nationalrat
Blauenweg 10, 4243 Dittingen
wjermann@bluewin.ch
- GL** AVES Glarus
Erich Kaufmann
Neubauquartier 9
8755 Ennenda
ek@nok.ch
- GR** AVES Graubünden
Dr. Theo Portmann
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur
- LU** AVES Luzern
Michel Caliaro
Habermattweg 24, 6010 Kriens
- NW** AVES Nidwalden
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen/Appenzell
Mario David
Kreuzstrasse 31, 9032 Engelberg
david_mario@bluewin.ch
- SH** AVES Schaffhausen
Hans-Rudolf Steinegger
Villenstrasse 8
8200 Schaffhausen
- SO** ASE Solothurn
Postfach 130, 4504 Solothurn
- SZ** AVES Schwyz
Hans Gnos
Tannenweg 9, 6410 Goldau
- TG** AVES Münsterlingen
Postfach 146, 8596 Münsterlingen
- TI** ASPER Ticino
Casella postale 24, 6948 Porza
dino.bornatica@bluewin.ch
- UR** AVES Uri
Marlies Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf
- VS** AVES Oberwallis
Postfach 281, 3930 Visp
- ZG** AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug
konrad.studerus@datazug.ch
- ZH** AVES Pfannenstil
Postfach 412, 8636 Wald
info@aves-zh.ch
- AVES Winterthur
Postfach 1545, 8401 Winterthur
jkrammer@bluewin.ch
- FRE** Fédération romande pour l'Energie FRE
Case postale 673
1000 Lausanne 1
jpbommer@bluewin.ch